

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Lageblatt Riesfa.
Fernruf Nr. 30.
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassentort:
Dresden 1884.
Strolasche:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 147.

Dienstag, 26. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähre für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Restamapelle 100 Gold-Pfennige; seitwärts und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife, bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vorläufig durch Frage eingeholt werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezogler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Gosthofstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesfa.

Aus der Geschichte der Frankens Stabilisierung.

Die enge wirtschaftlich-politische Verflechtung der Staaten und Völker zeigt sich in dem Schicksal, das zwar nicht in gleicher Stärke, aber doch in ähnlicher Weise die beiden Staaten getroffen hat, deren Nachkriegsbeziehungen lange Jahre hindurch einen Krieg im Frieden darstellten, weil sich die Politik der beiden Länder so feindselig ineinander verflochten hatte, daß lange Zeit hindurch eine friedliche Lösung fast hoffnungslos erschien. Frankreich hat die in der Nachkriegszeit eingeschlagenen Wege, die auf eine völlige Niederlage des Kriegsgegners Deutschland hinausliefen, mit einer sehr ernsthaften Erschütterung seines moralisch-politischen und auch seines finanziellen Ansehens bezahlen müssen. Nicht ungefragt ist der Versuch geblieben, nach einem so erschöpfenden Kriege das gesamte Nachkriegs-Europa auf die Fortsetzung dieses Krieges umzuwandeln. Die großen Weltmächte, die zur Errichtung gewaltiger Armeen und Kriegsapparate in die durch Bündnis an Frankreich gefesselten neuen und vergrößerten Staaten geschlossen sind, nach Polen, der Tschechoslowakei, nach Südfrankreich und Rumänien, haben in Verbindung mit abenteurerischen Unternehmungen, wie dem Ruhrkrieg, Frankreichs Stellung außerordentlich geschwächt. Die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Welt und einer Wiederherstellung des politischen Ansehens ist Frankreich dann von Deutschland her, aus den Händen des erbittert bekämpften Gegners, geboten worden. Deutschland hat durch die mit dem Namen Versailler Vertrag bezeichnete Politik Frankreichs allgemeines politisches Lage wiederhergestellt und die allgemeinen Verbindungen für das innerpolitische Sanierungswerk Poincarés außenpolitisch geschaffen. Natürlich hat Deutschland diese Politik der friedlichen Welteseinwirkung, die für ein niedergeworfenen und gebemühten Volk dem in der Siegerrolle einbrechenden Gegner gegenüber besonders hoch zu bewerten ist, nicht aus heiler Liebe für Frankreich sich zu eigen gemacht. In Berlin hatte man eingesehen, daß nur ein gründlicher Ausgleich der mitteleuropäischen Gegensätze im Rahmen des Möglichen auch für Deutschlands Gesundung das einzig mögliche Hilfsmittel war. In Frankreich hat man im allgemeinen diese außenpolitischen Zusammenhänge noch viel zu wenig gewürdigt und ist immer noch geneigt, die Stabilisierung als ein Werk des großen Hexenmeisters Poincaré ohne jede Einschränkung anzusehen.

Centimes ist gegenüber dem alten Franken die Grundlage des neuen. In Frankreich hatte man wohl bis über die Wahlen hinaus in weiten Kreisen immer noch gehofft, den alten Franken, der vom ersten Konful am 7. Germinal des Jahres XI. der großen französischen Revolution geschaffen worden ist, in neuer unveränderter Größe wieder ins Leben treten zu sehen. Seit Ende 1926 ist der Franken tatsächlich so gut wie hinfällig gewesen. Ohne besonderen Uebelschwang ist die Währungsstabilisierung vor sich gegangen, gewissermaßen als gezielte Festlegung eines kleineren Nennwerts gegenüber den Inflationszeiten. Deutschland hat seinerzeit die Schaffung der Rentenmark unter der Außer-Regierung mit Recht als eine Rettung aus völligem Zusammenbruch empfunden. Es verlohnte sich auch die französische Regierung, der mit dem Namen Poincaré gekennzeichneten französischen Nachkriegspolitik, die zu dem französischen Niederbruch geführt hat, daß Poincaré nunmehr als der nüchternen, unbestechlichen und sparsamen Hausvater des in Weißbrot durchdrungenen und sparsamen französischen Volkes die Stabilisierung durchgeführt hat. Als unter Beschimpfung und Empörung im Juli 1926 die unfähige Finanzregierung abtrat, um Poincaré Platz zu machen, notierte das Pfund in Paris 240. Die Staatskassen waren leer, die Börse befand sich in voller Panik, die Geldbesitzer ritten durch die Straßen, um Regierung und Parlament zu schützen. Poincaré dachte nicht daran, die Stabilisierung sofort technisch in Angriff zu nehmen. Er brachte das Budget ins Gleichgewicht, legte die Notenpresse durch Steuerbewilligungen still, die er vom Parlament erzwang, zog abgewanderte Kapitalien ins Land zurück und schuf eine Vertrauensgrundlage, die sich in kühnen Kurssteigerungen äußerte, bis Ende 1926 der Franken den Kurs von 125 pro Pfund erreichte. Nun setzte die Tätigkeit der Bank von Frankreich ein. Die Währung wurde auf einem Stande erhalten, der sich aus dem Schnittpunkt des äußeren Wechselkurses und der inneren Preisbildung ergeben hatte. Die Bank von Frankreich konnte sich Devisenreserven anhäufen, die gegenwärtig, zum Teil in Gold umgewandelt, sich auf etwa 50 Milliarden Franken belaufen, abgesehen von 15 Milliarden Franken, die in Devisen an französische Banken vom Noteninstitut ausgegeben sind.

Poincaré geriet nun, zum Teil auch aus allgemeinpolitischen Gründen der Erhaltung seiner Kammermehrheit und der Sicherung des Wahlergebnisses, in einen Gegensatz zu den Anhängern einer baldigen Festlegung des Franken, also auch zur Bank von Frankreich. Der Gedanke einer weiteren Aufwertung hat Poincaré bei den Wahlen seine großen Erfolge verschafft. Eine weitere Aufwertung hätte aber mit einer Überabwertung des Preisniveaus verbunden werden müssen und hätte schwere soziale und wirtschaftliche Strafen herbeigeführt. Außerdem hätte eine solche Aufwertung die inneren Staatskassen und ihren Verzinsungs- und Tilgungsdienst gehindert, was wiederum eine weitere Belastung des Steuerzahlers zur Folge gehabt hätte. Wenn das Verschwinden der Devalvierungsbeihilfen für die weite Kreise von Rentnern aber eine starke Enttäuschung bedeutet, so hat diese Enttäuschung doch nicht die schwerwiegenden Folgen wie in Deutschland. Eine Aufwertungsbewegung von Bedeutung gibt es vorläufig in Frankreich noch nicht, da sich die Inflation weniger in Form der Wäh-

Doch Große Koalition?

Die Regierungsbildung vor dem Abschluß.

von Berlin. Abg. Hermann Müller, der Bevollmächtigte des Reichspräsidenten, hat nach dem Scheitern seiner Bemühungen um die große Koalition zunächst offiziell verurteilt, eine kleinere Koalition aufzubauen zu bringen, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht beteiligt gewesen wäre. Er hat jedoch trotzdem den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Stresemann in seinem Kabinett nicht entbehren wollen. Infolgedessen hat er sich am Sonnabend an den in Würzburg zur Kur weilenden Dr. Stresemann gemeldet, mit der Frage, ob er bereit sei, als Reichsminister in ein Kabinett der Weimarer Koalition, entl. in ein sogenanntes Kabinett der Persönlichkeiten, d. h. in ein Kabinett einzutreten, dem Politiker aller Parteien der Großen Koalition angehören, ohne daß die Fraktionen selbst sich von vornherein an dieses Kabinett binden. Die am Montag bekanntgewordene Antwort Dr. Stresemanns hat den weiteren Bemühungen Hermann Müllers eine ganz bestimmte Richtung gegeben, nämlich die Richtung auf das Kabinett der Persönlichkeiten. Die Beteiligung als Reichsminister an einem Kabinett der Weimarer Koalition hat Stresemann rundweg abgelehnt. Die andere Lösung dagegen, die ja nichts anderes bedeutet als die Große Koalition, empfiehlt er selbst mit dem Hinweis auf den Geist der Reichsverfassung, die nur die persönliche Verantwortlichkeit der Reichsminister, nicht aber die von Fraktionen lenke. Interessant ist an der Stresemanns Antwort besonders, daß der Außenminister auch für seinen Parteifreund, Dr. Curtius, auf dessen Verbleiben im Reichswirtschaftsministerium er entscheidenden Wert legt, die Zusage erteilt, daß dieser sich an dem Kabinett der Persönlichkeiten beteiligen werde.

Am Montag früh machte Hermann Müller Vertretern der Zentrumsfraktion Mitteilung von dieser Zusage Dr. Stresemanns. In der Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums gemeinsam mit Vertretern der Reichstagsfraktion und der Preussischen Landtagsfraktion, die dann am Montag vormittag begann, beschäftigte man sich daher fast ausschließlich mit diesem Kabinett der Persönlichkeiten; die Frage der Weimarer Koalition war ganz in den Hintergrund getreten. Von einer formellen Beschlussfassung sah der Parteivorstand ab. Die Beratungen trugen den Charakter einer gutachtlichen Aeußerung, von der der Reichstagsfraktion des Zentrums Kenntnis gegeben wurde. Die allgemeine Auffassung des Parteivorstandes ging, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, dahin, daß eine Regierung aus führenden Persönlichkeiten aller in Betracht kommenden Parteien einschließlich der Deutschen Volkspartei doch der Weimarer Koalition vorzuziehen sei.

Nach Beendigung der Parteivorstandssitzung des Zentrums trat daher der Fraktionsvorstand zusammen, um sich darüber schlüssig zu werden, welche Ministerposten die Zentrumsfraktion verlangen soll und welche Persönlichkeiten benannt werden sollen. Sofort im Anschluß daran veranlaßte sich die Reichstagsfraktion des Zentrums selbst, um diese Vorschläge zu sanktionieren, so daß sie dem Abgeordneten Hermann Müller als offizielle Vorschläge des Zentrums unterbreitet werden können.

In parlamentarischen Kreisen hielt man nach all diesen Vorgängen am Montag abend das Zustandekommen eines Kabinetts der Persönlichkeiten ohne Bindung der Fraktionen für gesichert. In den Wandelgängen des Reichstages wurde daher die Personenfrage lebhaft erörtert. Man zweifelt nicht daran, daß Hermann Müller selbst das Reichskanzleramt übernehmen wird.

- Im übrigen glaubt man, daß sein Kabinett etwa folgendermaßen aussehen wird:
- Reichsfinanzminister: Dr. Hülferding (Soz.)
 - Reichsinnenminister: Severing (Soz.)
 - Reichsaußenminister: Dr. Stresemann (Dop.)
 - Reichswirtschaftsminister: Dr. Curtius (Dop.)
 - Reichsjustizminister: Dr. Koch (Dem.)
 - Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns (Z.)
 - Reichsverkehrsminister: Dr. Birtz (Z.)
 - Reichswehrminister: Dr. Groener (ohne Partei)
 - Reichsminister für die besetzten Gebiete: v. Gunder (Z.)
 - Reichspostminister: Dr. Schäkel (Soz. Volkspartei).

Das Amt eines Vizekanzlers dürfte in dem neuen Kabinett unbesetzt bleiben, da die zweitgrößte unter den beteiligten Fraktionen, das Zentrum, in diesem Kabinett auch mit dem dienstältesten Minister, dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, vertreten ist, der ohnehin bei Verhinderung des Reichskanzlers zu dessen Stellvertreter berufen sein würde.

Die Schwierigkeiten der Personalwahl liegen, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger weiter hört, gegenwärtig in der Hauptsache bei der Frage, wer das Reichs Ernährungsministerium verwalten

soll. Keine der beteiligten Parteien setzt große Neigung, gegen die Opposition der Deutschnationalen und der Bauernpartei einen Mann für diesen Posten bereitzustellen.

Zum neuen Kabinett.

von Berlin. Was die noch offene Frage der Besetzung des Reichs Ernährungsministeriums anbetrifft, so wird als Kandidat für diesen Ministerposten nach einer Meldung des "Vorwärts" von einem Teil des Zentrums der frühere Reichs Ernährungs- und Finanzminister Hermes vorgeschlagen. Sollte Hermes nicht Ernährungsminister werden, so gälte als nächster Kandidat für diesen Posten der Demokrat Dietrich-Baden.

Das neue Kabinett gesichert.

von Berlin. Unter dieser Überschrift schreibt die "Germania" u. a.: Dieses Kabinett, das de facto von den Parteien der Großen Koalition getragen ist, wird sein Programm auf die Richtlinien stützen müssen, die Gegenstand der vorher geführten Verhandlungen gewesen sind. Die kritisch gebliebenen Fragen, in erster Linie der Nationalfeiertag und die Amnestie, werden ihre parlamentarische Geltung finden, ohne daß die Haltung der in der Regierung vertretenen Fraktionen koalitionsmäßig gebunden ist. Wenn die Fraktionen bei der parlamentarischen Entscheidung dieser Fragen auf den politischen Sinn dieser Regierung die erforderliche Rücksicht nehmen, dann würde es leicht gelingen, noch bestehende Schwierigkeiten zu überwinden. Wird dann auch später die Frage einer Umbildung der preußischen Regierung spruchreif — der Begriff der "gegebenen Zeit" wird ja wohl eine Klärung erfordern — dann ist anzunehmen, daß das Kabinett der Persönlichkeiten auch eine koalitionsmäßige Bindung erhält.

Das werdende Kabinett.

Der "Vorwärts" schreibt: Am Reichstag rechnete man gestern damit, daß das Kabinett noch am heutigen Tage fertig werden könnte, jedoch die Nennung des Reichskanzlers und der Minister etwa für Mittwoch zu erwarten wäre. Das neue Kabinett wird dann den Rest der Woche dazu benutzen, sich über die Regierungserklärung und die zunächst einzubringenden Vorlagen schlüssig zu werden. Die eine Veränderung des Reichstages noch in dieser Woche ist umso weniger zu denken, als der Freitag, der Peter- und Pauls-Tag, ein katholischer Feiertag ist. Voraussichtlich wird sich die neue Regierung also am Montag, den 2. Juli, dem Reichstag vorstellen, der nach einer nicht all zu langen Hochsommerpause in die Ferien gehen wird. Die entscheidenden Wahlen seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit wird das neue Kabinett wohl erst im kommenden Herbst und Winter abzulegen haben.

Die heutigen Verhandlungen.

Berlin. (Funkfr.) Der am 11 Uhr angelegte Empfang der Fraktionsführer beim Abg. Müller-Franken verzögerte sich, da die Sitzung des Zentrumsfraktionsvorstandes noch nicht beendet war.

Wenn Abg. Dietrich-Baden (Dem.), wie jetzt verlautet, das Amt des Ernährungsministers übernimmt, dann würde das Reichs Ernährungsministerium nicht von den Demokraten, sondern entweder vom Zentrum oder von den Sozialdemokraten besetzt werden.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei trat um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die demokratische Fraktion um 11 Uhr. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Fraktionsführung erst für Mittwoch 11 Uhr einberufen.

Abg. Dietrich-Baden Ernährungsminister?

von Berlin. (Funkfr.) Der demokratische Abg. Dietrich-Baden hat, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, sich mit der Zustimmung der Demokratischen Reichstagsfraktion zur Übernahme des Ernährungsministeriums bereit erklärt.

Berlin. (Funkfr.) Um 1 Uhr verließ Abg. Müller-Franken mit den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes den Reichstag. Er fand um 3 Uhr wieder zur Verfügung, um die Vorschläge des Zentrums entgegenzunehmen. Die übrigen Fraktionen haben, wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. erfährt, bereits ihre Zustimmung zur Ernennung der Minister Dr. Stresemann, Dr. Curtius, Schäkel und Dietrich-Baden erklärt.

rungebewertung, als in Form einer Preissteigerung und noch dazu verhältnismäßig allmählich den Massen aufgedrängt hat. Außerdem ist eine sehr starke Vermögensbildung vor sich gegangen. Gegenüber der inneren Kriegsschuld von 35 Milliarden Goldfranken gleich 175 Milliarden gegenwärtiger Franken besteht heute eine innere Verschuldung von 250 Milliarden Franken. Der Vermögensbesitz der Rentner ist also gestiegen, allerdings mit nicht unbedeutenden inneren sozialen Verschiebungen.

Wenn die Stabilisierung auch zunächst äußerlich, in der Form der Zahlungsmittel usw. kaum in Erscheinung tritt,

so ist doch mit einer Auswirkung auf die Preisbildung zu rechnen, sobald z. B. die Zwangsverrentung der Wohnungen aufhört und mit gesteigerter Anspannung der Mieten, Gehalts-, Lohn- und Preissteigerungen mit sich bringt. Frankreichs Wirtschaft ist aber so getrübt, daß auch diese Entwicklungen keine ernsthafte Gefahr bedeuten. Eine gründliche Revision der immer noch, besonders in den Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, noch nicht genügend entgifteten französischen Außenpolitik Deutschland gegenüber würde auch die innere Gesundung wesentlich erleichtern.